

## **Trade-offs bei der Gestaltung der Digitalisierung von Arbeit – Policy-Varianzen auf Ebene der deutschen Länder**

Alex Berzel, Universität Kassel

Abstract für die Jahrestagung des Forum Junge Staats-, Verwaltungs- und Policy-Forschung (FoJuS) „Grenzenlose Kooperation in und mit der Verwaltung? Verwaltungshandeln in komplexen Strukturen“, 18. und 19. Februar 2019, Universität Kassel

Landespolitische Spielräume gewinnen in der Föderalismus-Forschung – ob im Sinne von Innovationslaboratorien, dem Adressieren regionaler Differenzierung oder der Austragung von regionalem Wettbewerb – an Bedeutung. Die Digitalisierung als zentrale Zukunftsaufgabe stellt hier keine Ausnahme dar, sondern – ganz im Gegenteil – fordert nicht nur Antworten von der Bundesregierung, sondern selbstverständlich auch von den Bundesländern. Die Varianz an Wirtschaftsstandorten bzw. regionalen Disparitäten fordert unterschiedliche arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Strategien. So divergieren etwa Arbeitsmärkte insofern, dass industriepolitische Schwerpunkte Pfadabhängigkeiten in der (Aus-)Bildung nach sich ziehen. Je nach Ausprägung des Wirtschaftssektors in unterschiedlichen Ländern sollten also auch divergierende politische (Problemlösungs-)Strategien zu erwarten sein.

Der vorliegende Beitrag möchte deshalb einen Fokus auf die inhaltlichen Antworten der deutschen Landesregierungen auf die Herausforderung der Digitalisierung von Arbeit legen. Adressiert werden zwei Kernfelder im Kompetenzbereich der Landesregierungen: aktive Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung. Setzen sie z. B. eher auf Strategien, welche die wirtschaftliche (Infra-)struktur fördern oder priorisieren sie Investitionen in die Bildung und Entwicklung von Humankapital des Individuums? Als Datengrundlage dient dem Beitrag eine Analyse der Operationellen Programme (OP) der Länder zum Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Fonds der Europäischen Union durch den Investitionen in Beschäftigung und individuelle Autonomie finanziert werden, und dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), der (infra-)strukturelle Förderung adressiert – also jenen Trade-offs, die es zu untersuchen gilt.

In einem mehrstufigen Verfahren werden die Förderprioritäten der Länder zwischen den und innerhalb der Fonds identifiziert. Für die Prioritätsachsen – die Ebene der Fonds, die in den OPs aller Bundesländer eine absolute und relative Mittelzuordnung aufweist – werden anhand ihrer Passung auf die Ziele der Digitalen Agenda der EU-Kommission Digitalisierungsgrade errech-

net. Darauf aufbauend kann dann in einem Scoringverfahren die Prioritätensetzung der Landesregierungen zwischen ESF und EFRE, sprich: zwischen Investitionen in Humankapital und Wirtschaftsförderung, destilliert werden – das erste Teilziel des Papers.

Schließlich sollen im Rahmen des Papers die Bestimmungsfaktoren der Policy-Varianzen über eine Qualitative Comparative Analysis (QCA) identifiziert werden – im aktuellen Setting sind dies sozioökonomischer Problemdruck, Parteiendifferenz und Portfolio-Organisation der Landesregierung (Institutionen). Damit möchte der Beitrag das zweite Teilziel adressieren, Antworten zu finden, worin die unterschiedlichen Ansätze begründet liegen.

Gleichzeitig findet sich diese Varianz jedoch nicht nur in inhaltlichen Outcomes, sondern auch in den von den Landesregierungen zum Zwecke der Problembearbeitung installierten Governance-Modi. In weiteren Schritten des zugrunde liegenden Promotionsvorhabens ist geplant, auch diese zu untersuchen und mit der ersten Analyseebene – den inhaltlichen Varianzen – zusammenzubringen. Im Rahmen des Vortrags soll ein erster Ausblick gegeben werden.